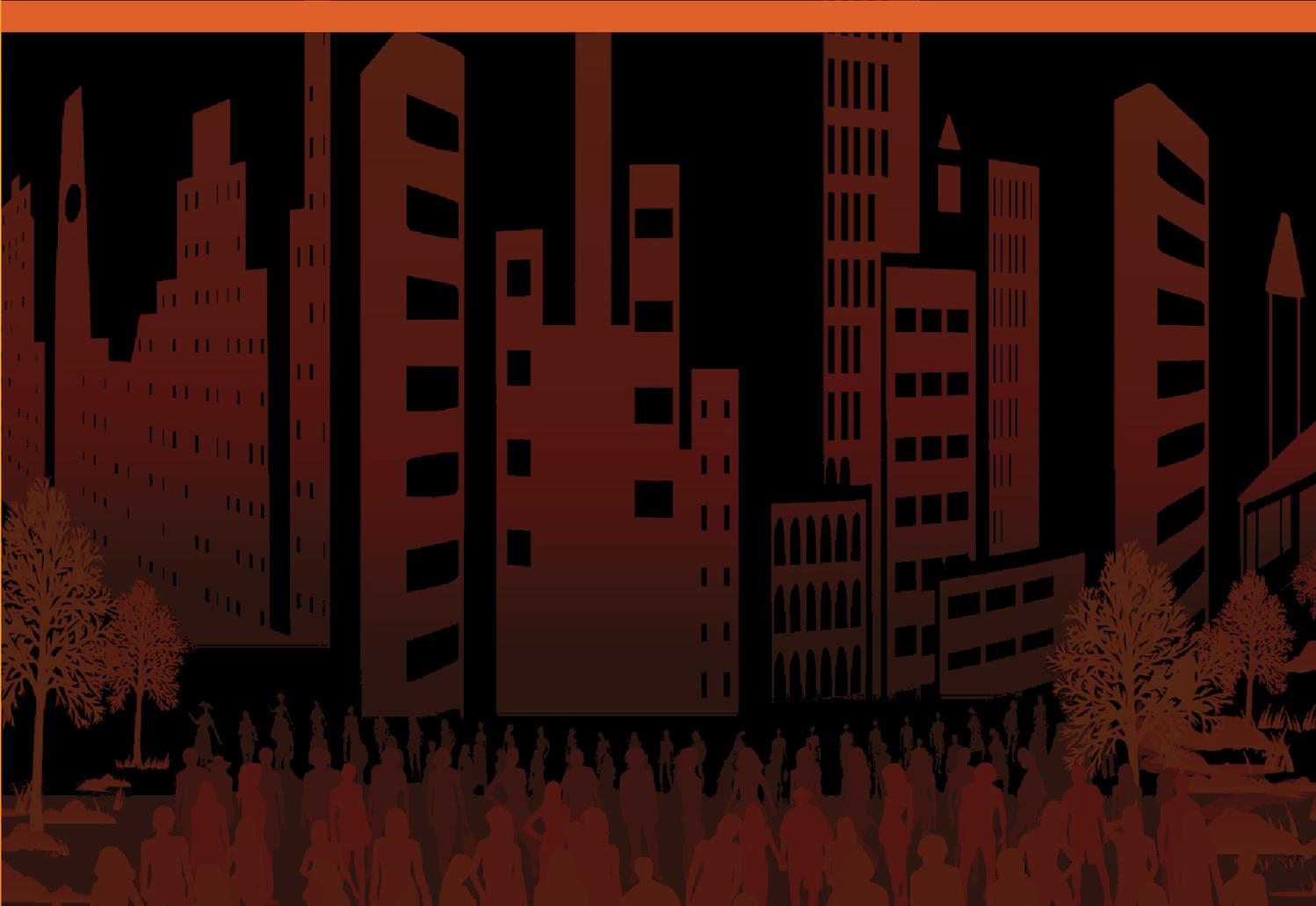


Ricardo Westphal

Politische Sozialisation in DDR und BRD und ihre Folgen bis heute

Inwieweit prägten staatliche Organe
Ost-West-Unterschiede?



disserta
Verlag

Westphal, Ricardo: Politische Sozialisation in DDR und BRD und ihre Folgen bis heute: Inwieweit prägten staatliche Organe Ost-West-Unterschiede? Hamburg, disserta Verlag, 2015

Buch-ISBN: 978-3-95425-352-4

PDF-eBook-ISBN: 978-3-95425-353-1

Druck/Herstellung: disserta Verlag, Hamburg, 2015

Covermotiv: © laurine45 – Fotolia.com

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden und die Diplomica Verlag GmbH, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

Alle Rechte vorbehalten

© disserta Verlag, Imprint der Diplomica Verlag GmbH
Hermannstal 119k, 22119 Hamburg
<http://www.disserta-verlag.de>, Hamburg 2015
Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	9
2	Politische Sozialisation — Ein Überblick	11
2.1	Begriffsbestimmung.....	11
2.2	Zur Entwicklung politischer Einstellungen bei Kindern und Jugendlichen.....	13
2.2.1	Familie.....	14
2.2.2	Gleichaltrige.....	15
2.2.3	Massenmedien.....	17
2.2.4	Schule.....	21
2.2.5	Entstehungsmuster politischer Orientierungen	23
2.2.6	Zusammenfassung.....	27
2.3	Das Ziel politischer Sozialisation	29
3	Politische Sozialisation in der DDR.....	32
3.1	Politische Beeinflussung in Krippe und Kindergarten.....	35
3.2	Die Einheit von Erziehung und Bildung — Politische Sozialisation in der Schule.....	39
3.2.1	Theorie	40
3.2.2	Praxis.....	43
3.2.2.1	Der polytechnische Unterricht.....	48
3.2.2.2	Der Staatsbürgerkundeunterricht.....	49
3.2.2.3	Wehrerziehung	52
3.3	Einflussnahme des Staates auf die politische Sozialisation in der Familie.....	56
3.4	Die Rolle der Massenmedien	60
3.5	Die Jungpioniere	62
3.6	Die Freie Deutsche Jugend (FDJ)	64
3.7	Wirksamkeit der politischen Sozialisation durch staatliche Einrichtungen.....	72
4	Politische Sozialisation in der BRD	82
4.1	Bildungspolitik.....	82
4.2	Einübung demokratischer Verhaltensweisen im Kindergarten.....	87
4.3	Das öffentliche Bildungswesen.....	90
4.3.1	Politische Bildung in der Grundschule: Der Sachunterricht	93
4.3.2	Politische Bildung als Unterrichtsfach der Sekundarstufen.....	94
4.4	Außerschulische politische Sozialisation.....	99
4.4.1	Die Zentralen für politische Bildung als Einrichtungen für außerschulische politische Sozialisation in staatlicher Verantwortung	100

4.5	Wirksamkeit der politischen Sozialisation durch staatliche Einrichtungen.....	102
4.5.1	Wertorientierungen als Indikator erfolgreicher politischer Sozialisation	103
4.5.2	Die Effekte des politischen Unterrichts	113
4.5.3	Das dreigliedrige Schulsystem als Symbol der Leistungsgesellschaft und seine Widersprüchlichkeit zum Gleichheitsgrundsatz	119
4.5.4	Exkurs: Selbstdarstellung der Jugendorganisationen als Ergänzung, Korrektiv und Kritiker staatlicher Sozialisation und ihrer Grundlagen	121
5	Zusammenfassender Vergleich der Strukturen politischer Sozialisation und der Wertesysteme in DDR und BRD.....	123
6	Auswirkungen der unterschiedlichen politischen Sozialisation	132
6.1	Wertemuster	134
6.2	Politische Einstellungen.....	138
6.3	Bürgerschaftliches Engagement.....	144
6.4	Gerechtigkeitsvorstellungen.....	147
6.5	Deutsches Selbstverständnis	150
6.6	Rechtsextremismus als Folge der DDR-Sozialisation?	151
7	Schlussbetrachtung.....	155
	Literaturverzeichnis	159

1 Einleitung

Kinder und Jugendliche sollen durch Erziehung bzw. Formung befähigt werden, gemeinsam mit den Älteren eine funktionierende Gesellschaft durch ein geregeltes Zusammenleben zu bilden – im Sinne aller *oder* vordringlich im Sinne des Staates und seines Herrschaftsanspruchs: Diese grundlegende Unterschiedlichkeit kennzeichnet die Jugenderziehung der BRD auf der einen Seite und die der DDR auf der anderen und wird, daraus ableitend, diese Arbeit im Kern begleiten.

Allein die sozialgeschichtliche Betrachtung des politischen Gemeinwesens in Deutschland, angefangen in der Kaiserzeit, über die Weimarer Republik und Hitler-Diktatur bis hin zur Nachkriegszeit, zeigt eine abrupte Abfolge politischer Ordnungen und der Möglichkeiten, in ihnen eigenständige politische Meinungen zu entwickeln. Daran wird deutlich, dass es die jeweiligen Rahmenbedingungen, als auch die in ihnen gelebte politische Kultur sind, von denen die politische Sozialisation abhängt – und welche Folgen für die politische Orientierung und das politische Interesse letztlich daraus erwachsen.

Dass die Verfassung eines Staatswesens mit der Verfassung seiner Bürger zu tun hat, ist ein klassisch-kontroverses Thema in den Sozialwissenschaften und der Philosophie seit Plato. Darauf gründet sich die politische Sozialisationsforschung, deren eigentlicher Ursprung in den Untersuchungen zum Autoritären Charakter in den 1930er Jahren zu verorten ist. Unter anderem mit der Hoffnung, eine demokratische Persönlichkeit erziehen zu können und um Bürger eines Staates auf Konflikte und auf sozialen Wandel durch neue Wertorientierungen vorzubereiten, wurde in den frühen 60er Jahren diese neue Disziplin in den USA endgültig angestoßen – wobei hier auch die Auseinandersetzung mit dem ideologischen Gegner UdSSR eine entscheidende Rolle spielte. (Vgl. Greiffenhagen¹, 409)

Als ein ‚Werden zum Staatsbürger‘ ließe sich politische Sozialisation verkürzt definieren. Es handelt sich um einen Prozess, bei dem der ‚neutrale‘ Mensch, der sich noch keiner Gesellschaft oder Gruppierung zugehörig fühlt, zum Bürger eines Staates wird, seine Rechte und Pflichten innerhalb einer Gesellschaft kennt und diese nach eigenen Maßstäben zu erfüllen bereit ist. Von Bedeutung ist also auch die Auseinandersetzung der Jugendlichen mit der Gesellschaft: Sie überwinden die Fixierung auf die Familie und wenden sich umfassenderen kulturellen und politischen Angelegenheiten zu.

1 Greiffenhagen, Sylvia. „Politische Sozialisation“. In: Greiffenhagen & Greiffenhagen.

Politische Sozialisation findet in vielen Lebensbereichen statt: Vor allem im Elternhaus, in der Schule und durch den Einfluss von Massenmedien und Gleichaltrigen. Sie alle sind in der Lage, Kinder und Jugendliche in ihrem politischen Denken und Handeln zu beeinflussen. In Demokratien, wie der BRD, relativ uneingeschränkt, in nicht-demokratischen Systemen wie der DDR² (zumindest beabsichtigt) gleichgeschaltet.

Inwieweit politische Sozialisation in beiden Systemen unterschiedlich betrieben wurde, ob sich auch Gemeinsamkeiten feststellen lassen und ob die angedachten Ziele erreicht wurden, ist Gegenstand dieser Arbeit. Ferner wird auf die heutige Bedeutung und mögliche Auswirkungen dieser unterschiedlichen Sozialisation eingegangen, so dass Erkenntnisse für die politisch-soziale Gegenwart gewonnen werden können. Denn Kinder und Jugendliche wurden in Deutschland bis 1989 entweder in einer sozialistischen Mangelwirtschaft oder in einer postindustriellen Konsum- und Dienstleistungsgesellschaft groß. Daher ist nicht auszuschließen, dass sich eigenständige DDR- und BRD-Identitäten herausbildeten. So differierten etwa die Wertemuster in der DDR und der BRD sowie nach der Vereinigung in Ost und West. Da die Werthaltungen in den unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen und politischen Kulturen begründet sind und sich teilweise bis heute auf die politischen Überzeugungen und Interessen auswirken, wird der jeweiligen Werte-Entwicklung entsprechendes Gewicht beigemessen. Zu beachten ist jedoch, dass etwa auch die unterschiedliche Sozialstruktur und die territoriale Verteilung der Bevölkerung (Verstädterung in der BRD; starkes Gewicht ländlicher Strukturen in der DDR) die Werte-Entwicklung beeinflusst haben. (Vgl. Schroeder³, 127) Auch im Vereinigungsprozess liegen entsprechende Impulse begründet.

Da nicht nur der Staat politisch sozialisiert, wird eingangs auf die Bedeutung und Wirkung der anderen Sozialisationsinstanzen eingegangen. Inwieweit diese wiederum von staatlicher Seite beeinflusst werden (soweit es die Strukturen erlauben), wird ebenfalls untersucht – vor allem in den Kapiteln 3 und 4.

Im Blickpunkt stehen die Gegebenheiten ab ca. 1970, als die Ausdifferenzierung der politischen Sozialisationsbedingungen in beiden deutschen Staaten weitgehend abgeschlossen war.⁴

2 Zur Diskussion über die Charakterisierung der DDR (totalitäre Diktatur o.ä.) vgl. Schroeder, 348 ff.

3 Schroeder, Klaus. „Die veränderte Republik“. München: 2006.

4 Schulze spricht für die DDR von einer „langen Experimentierphase“ zwischen 1946 und 1965, in deren Folge sich ein modernes Bildungswesen mit struktureller Stabilität entwickelt hatte. (Vgl. Schulze, 79) Dazu kommt der Wechsel in der Staatsführung von Walter Ulbricht zu Erich Honecker, mit dem eine Veränderung der politisch-ideologischen Ansprüche einherging; das neue Jugendgesetz von 1974 (vgl. Ohse, 17 f.) sowie das neue „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ (vgl. Hoffmann & Neumann, 7). In der BRD waren es Studentenbewegung und Bildungsreform, die sich gegenseitig beein-

2 Politische Sozialisation — Ein Überblick

2.1 Begriffsbestimmung

Politische Sozialisation definieren Claußen und Geißler⁵ als die „mehr oder minder stabile Entstehung, Differenzierung und Veränderung der im engen und weiten Sinne staatsbürgerlichen Dimensionen individueller Persönlichkeit“ (Claußen & Geißler, 9). Dabei wirken Faktoren der Psyche und der mittel- und unmittelbaren Umwelt zusammen. Konkret handelt es sich dabei um Prozesse der Wechselwirkung zwischen einem Menschen⁶ und seiner „direkt politischen oder zumindest politisch relevanten⁷ sozialen, kulturellen, ökonomischen und zivilisatorischen Umgebung⁸“ (ebd.). Das heißt, dass zwischen Menschen, die eine Verbindung zur Politik als Herrschaft oder gesellschaftlichem System haben, geistig, emotional und operativ interagieren und sich hierbei gegenseitig beeinflussen. Die politische Sozialisation erweist sich nach Auffassung Claußen und Geißlers als „ein lebenslang andauernder, diffiziler und facettenreicher Vorgang, der alle Momente, Voraussetzungen, Bedingungen, Manifestationen und Flankierungen politischen Bewusstseins, Empfindens und Handelns umgreift“ (ebd.). Zusammengefasst ist politische Sozialisation also ein „Entwicklungsprozess, in dem Kinder, Jugendliche und Erwachsene politische Orientierungen, Normen und Handlungsweisen in Interaktion mit ihrer sozialen Umwelt erwerben“ (Hopf & Hopf⁹, 7).

Greiffenhagen bringt (unter Berücksichtigung der Fülle von Definitionen¹⁰, die sowohl im Verständnis von ‚politisch‘ als auch von ‚Sozialisation‘ voneinander abweichen), die verschiedenen politischen und theoretisch-methodischen Standpunkte und Grundlagen

flussten und in ihren dezidierten Demokratieabsichten stimulierten. Durch die Studentenbewegung kam es zu einer weitreichenden Politisierung aller Bildungsbereiche, wodurch sich das pädagogische Interesse auf antiautoritäre Erziehungskonzepte richtete und das der Forschung auf die politische Sozialisation. Die Bildungsreform hatte den Anspruch, Chancengleichheit ohne Abhängigkeit von Herkunft und Geschlecht zu realisieren. (Vgl. Diehm, 144) Auslöser dieser Zäsur war die Gründung des Deutschen Bildungsrats, der erstmals Entwicklungspläne für das deutsche Bildungssystem entwarf (Aufbau des Schulwesens, der Schulformen etc.). Gleichzeitig kam es zu einer Änderung des Grundgesetzes (1969), wonach der Bund beim Aufbau von Universitäten mitzuwirken hat und Bund und Länder bei der Bildungsplanung zusammenarbeiten. Im darauffolgenden Jahr konstituierten sich zudem das Bundesbildungsministerium und die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung. (Vgl. Michael; Anweiler et al., 31 ff.)

5 Claußen & Geißler. „Die Politisierung des Menschen – Instanzen der politischen Sozialisation“. 1996.

6 Der Sozialisand; also jemand, der einen Sozialisationsprozeß durchläuft. (Vgl. Greiffenhagen, 408)

7 Kriterien für ‚politisch relevant‘ liefern Merkmale wie Autoritarismus, Dogmatismus, Radikalismus, Fatalismus, Apathie, Loyalität zum politischen System, Bereitschaft zu politischer Beteiligung, Anomie/Entfremdung, Parteipräferenzen und -identifikation, Wählerverhalten etc. (Vgl. Greiffenhagen, 408)

8 Gemeint sind die sog. Sozialisationsinstanzen/-agenturen, also Institutionen/Organisationen, durch die Sozialisationsinhalte vermittelt werden (Familie, Schule usw.) sowie Sozialisationsagenten/Sozialisatoren, die Sozialisationsinhalte vermittelnde Personen darstellen (z.B. Lehrer, Eltern). (Vgl. Greiffenhagen, 408 f.)

9 Hopf, Christel & Hopf, Wulf. „Familie, Persönlichkeit, Politik“. Weinheim, München: 1997.

10 Eine Übersicht zu Theorien und Modellen bei Greiffenhagen, S. 411 ff.

auf, nach eigener Aussage, „die beiden kürzesten, von allen Disziplinen und Richtungen akzeptierten Definitionen“ (Greiffenhagen, 408): So bezeichnet politische Sozialisation entweder „den *Lernprozess*, innerhalb dessen ein Individuum sich jene Persönlichkeitsmerkmale, Kenntnisse, Fähigkeiten und Werte *aneignet*, welche politisches Bewusstsein und politisches Verhalten strukturieren und lenken, also politisch relevant sind; oder den *Lernprozess*, innerhalb dessen einem Individuum jene Persönlichkeitsmerkmale *vermittelt* werden“ (ebd.; Hervorhebungen im Original).

Nach Claußen¹¹ findet politische Sozialisation auf verschiedenen Ebenen statt: Auf der Makroebene im Wechselspiel zwischen dem äußeren Bezugsrahmen des politischen Systems und der Weltgesellschaft. Auf der Mesoebene, in der als Vermittler zwischen Makroebene und lernendem Subjekt Institutionen wie Familie, Schule, Arbeitsplatz oder Medien installiert sind. Auf der Mikroebene in Interaktionszusammenhängen zwischen lernendem Subjekt und Repräsentanten von Instanzen der politischen Sozialisation sowie in der Verarbeitung von Umwelteinflüssen. (Vgl. Claußen 1982, 9 ff.)

Claußen¹² macht weiter deutlich, dass politische Sozialisation, wie allenthalben behauptet und etabliert, nicht biographisch linear verläuft, also nicht im Kindergarten beginnt, in der Schule und über die Peergroup verstärkt wird und schließlich in ein Berufsleben mündet und ab dem Jugendalter von den Massenmedien begleitet wird: „Faktisch sind längst schon für Kinder, Jugendliche und Erwachsene eine Gleichzeitigkeit und Parallelität verschiedener Instanzen maßgeblich geworden“¹³ (Claußen 1996, 32).

Die politische Sozialisation durch staatliche Einrichtungen ist also bei weitem nicht die einzige Instanz, die die Sozialisanden beeinflussen kann. Um den Stellenwert zu verdeutlichen, wird die Gewichtung der anderen Agenturen im Folgenden kurz erläutert.

11 Claußen, Bernhard. „Was ist und wie erforscht man politische Sozialisation?“ In: Claußen & Wasmund.

12 Claußen, Bernhard. „Die Politisierung des Menschen und die Instanzen der politischen Sozialisation“. In: Claußen & Geißler.

13 Claußen formuliert eine umfangreiche Typologie als Strukturierungshilfe mit den genannten zentralen Sozialisationsinstanzen, die von solchen mit pädagogischer Relevanz zeitweilig und ergänzend beeinflusst werden. Weiter geht er auf die hohe Bedeutung der allgemeinen Lebensumstände und politischen Rahmenbedingungen ein. (Vgl. Claußen 1996, 33 ff.) Letztlich zeigen seine Schilderungen, dass die Instanzen untereinander vernetzt sind, dass sie nicht gleichwertig nebeneinander bestehen, sich auch auf unterschiedlichen Ebenen etabliert haben und dass politische Sozialisation nicht überwiegend im Aufwachsen und Leben sozialer Großgruppen geschieht, sondern durch eine Vielzahl anderer Lebensumstände beeinflusst wird.

2.2 Zur Entwicklung politischer Einstellungen bei Kindern und Jugendlichen

Bis in die 60er Jahre war man in der politischen Sozialisationsforschung noch davon überzeugt, dass die Familie den größten politischen Einfluss ausübt; in den 70er Jahren wurde das grundlegend in Frage gestellt. Es setzte sich zunächst die Anschauung durch, dass sich politische Einstellungen nicht im Kindes-, sondern im Jugendalter entwickeln würden und dass es dort zu einer Kristallisation¹⁴ der politischen Einstellungen komme – diese Phase sei mit dreizehn bis vierzehn Jahren fast vollständig abgeschlossen. Dadurch galt nicht mehr die Familie als Primärinstanz im politischen Sozialisationsprozess, sondern der Schule kam die größte Bedeutung zu. Nach weitgreifenden Kontroversen und Diskussionen entwickelte sich bis in die späten 70er Jahre eine system- und gesellschaftshinterfragende Forschung zur politischen Sozialisation. Der entscheidende Einfluss wurde nun den Gleichaltrigen zugemessen. (Vgl. Bock¹⁵, 26 ff.)

Nachdem die bisherige Forschung die politischen Unruhen der 60er Jahre nicht erklären konnte und die von Lawrence Kohlberg erstellte Theorie der Entwicklung moralischen Urteilens unter Politikwissenschaftlern immer mehr Anerkennung gewann und für die Erforschung politischen Lernens große Bedeutung erlangte, wurde auf die affirmative politische Sozialisationsforschung in den späten 60er Jahren durch Kategorien wie Systemkritik, ideologisches Bewusstsein und Konfliktfähigkeit reagiert. In den 80er Jahren wurde die Systemfrage immer seltener gestellt, „statt dessen wurde danach gesucht, wie trotz unterschiedlicher [politischer] Interessen unter gemeinsam geteilten Gesichtspunkten Ausgleich und Kooperation erreicht werden können“ (Hopf & Hopf, 22).

Unterschiedliche Forschungsansätze und die eben angesprochenen Sozialisationsquellen werden im Folgenden kurz erklärt, überblickt (Fokus auf Kindheit und Jugendzeit¹⁶) und einzeln aufgeführt.

14 Nach der Kristallisationsthese werden politische Werte und Einstellungen um so stabiler, je früher sie erlernt werden (naturgemäß in der Familie). Mit zunehmendem Alter verfestigen sie sich im Denken. Später hinzukommende Einstellungen und Werte werden durch die bereits verinnerlichteten strukturiert. Altersgruppenvergleiche zeigten aber, dass es erst im Jugendalter zu einer Kristallisation kommt. (Vgl. Bock, 26)

15 Bock, Karin. „Politische Sozialisation in der Drei-Generationen-Familie“. Opladen: 2000.

16 Politische Sozialisation in Hinblick auf bestimmte Merkmale (Geschlecht u.ä.) oder altersspezifische Charakteristika (Beruf/Arbeitslosigkeit) sind hier weniger relevant (vgl. dazu Greiffenhagen & Greiffenhagen).

2.2.1 Familie

Laut Steinkamp¹⁷ nimmt die politische Sozialisationsforschung an, dass die frühen und vorerst exklusiven Einflüsse des Familiensystems „den Heranwachsenden in einer Plastizität und Offenheit [träfen], die eine optimale Chance für ihre totale Aufnahme böte“ (Steinkamp, 425). Dieser frühe Formungsprozess prägte eine spezifische Zusammensetzung von elementaren Einstellungen, Orientierungen, Interessen und Handlungsdispositionen. Deren Struktur sei gegenüber späteren Wandlungseinflüssen verhältnismäßig unempfindlich und daher für politisches Handeln in späteren Lebensphasen relevant. Wo Greiffenhagen diese Kristallisationsthese methodisch kritisiert¹⁸, merkt Steinkamp ergänzend an, dass auch dem Kind selbst eine aktive Rolle in seinem eigenen Bildungs- und Entwicklungsprozess zukommt, wenn es die an ihn herangetragenen Informationen und Erwartungen interpretiert und aus ihnen aktiv Kompetenzen ableitet – demnach also nicht nur geprägt wird. Zudem werden durch die Konzentration auf familiäre Einflüsse andere Sozialisationskontexte vernachlässigt, die Heranwachsende bewiesenermaßen beeinflussen. Die unterstellte langfristige Wirkung der Familie auf das politische Verhalten sei deshalb zu relativieren.¹⁹

Schon in den 70er Jahren mehrten sich die Hinweise, dass neben der Familie auch andere Instanzen für die politische Sozialisation von Bedeutung sind. Die Vorstellung einer einseitigen Übertragung politischer Orientierungen von Eltern auf die Kinder wurde aufgegeben, woraufhin drei Lernmodelle in der Forschung gängig wurden: Das ‚Modell des frühen Lernens‘ beschreibt die frühe und eher unbewusste Übernahme der elterlichen Einstellungen. Im ‚Modell der späten Kindheits- und Jugendphase‘ wird herausgestellt, dass bestimmte kognitive Fähigkeiten vonnöten sind, um Politik und die Teilhabe an ihr zu verstehen und um reflektiert politische Positionen übernehmen zu können – auch hier haben die Eltern noch starken Einfluss, konkurrieren aber schon mit Instanzen wie der Schule. Schließlich wird im ‚Modell des späten politischen Lernens‘ angenommen, dass wirklich prägende politische Erfahrungen erst im Erwachsenenalter gemacht

17 Steinkamp, Günther. „Politische Sozialisation: Familie“. In: Greiffenhagen & Greiffenhagen.

18 Der Vergleich verschiedener Altersgruppen ließe schlüssige Aussagen nicht zu und sei dreifach interpretierbar: So, ob es sich hinsichtlich der Veränderung oder Stabilität politischer Einstellungen von Alterskohorte zu Alterskohorte um einen Lebenszyklus-, Generationen- oder Zeitgeisteffekt handelt. „Auf solchen Altersgruppenvergleichen, die unzulässigerweise als Längsschnittdaten interpretiert wurden, basieren die meisten Resultate herkömmlicher politischer Sozialisationsforschung“ (Greiffenhagen, 416). Weitere Kritikpunkte zusammengefasst in Schmid, 25 f.

19 Auch Bergem hält eine solche Position für angemessen, „die von der Vorstellung linearer und monokausaler Ursache-Wirkungs-Verhältnisse abrückt und annimmt, dass in der Familie bereits früh Prägungen erworben werden, die als latente Dispositionen bzw. als Ergebnis der allgemeinen Sozialisation in einem komplexen System von Variablen, die Ausformung bestimmter politischer Haltungen und Handlungsmuster begünstigen können, die jedoch immer wieder überprüft, abgewandelt und unter dem Eindruck aktueller Erfahrungen auch völlig revidiert werden können“ (Bergem, 47).

werden, da sich erst dann die nötigen intellektuellen Fähigkeiten voll entwickelt hätten, die für das Verständnis politischer Zusammenhänge und Prozesse, und inwieweit sie für das eigene Leben Konsequenzen haben, erforderlich sind.²⁰ Die Eltern sind in diesem Modell nahezu einflusslos. (Vgl. Schmid²¹, 25 ff.) Es wird also deutlich, dass der Einfluss der Eltern, je nach Alter des Kindes, variiert und im Laufe der Zeit abnimmt.

Diese Modelle und empirischen Untersuchungen wurden kritisiert, da die Bemessung anhand des Grades der politischen Übereinstimmung zwischen Eltern und ihren Kindern erfolgte, diese Übereinstimmung aber auch teilweise oder sogar vollständig von anderen, nicht untersuchten Faktoren abhängig sein kann, wie z.B. von dem mit den Eltern geteilten sozialen Milieu oder den gemeinsam konsumierten Medien. Daraufhin wurden eine Reihe von Faktoren geprüft und inwieweit sie die Übereinstimmungen zwischen Eltern und Kindern beeinflussen. Die Befunde zeigen, dass sehr wohl Einflussprozesse innerhalb der Familie stattfinden und diese abhängig sind von kommunikativen und emotionalen Faktoren.²²

Außerdem wird in der Forschung zwischen latenter und manifester politischer Sozialisation unterschieden. (Vgl. dazu Kap. 2.2.5)

2.2.2 Gleichaltrige

Im Unterschied zur Eltern-Kind-Beziehung, die sich durch ein soziales und kognitives Kompetenz- und Autoritätsgefälle auszeichnet, besteht in der Gleichaltrigengruppe eine potentielle Gleichrangigkeit der Beziehungspartner. Diese sehen sich gegenseitig mit ihren Erwartungen und Absichten konfrontiert und müssen ihre Sichtweisen und Vorhaben koordinieren. Bei diesen Bemühungen erfahren die Kinder, welche Regeln und Vorgehensweisen dazu taugen, wobei grundlegende Kompetenzen der Verständigung und sozialen Kooperation erworben werden, die auch für die politische Persönlichkeit von Bedeutung sind. Piaget²³ sah in der Gleichaltrigenwelt demokratische Prinzipien verwirklicht, die in der hierarchisch strukturierten Eltern-Kind-Beziehung nicht zum Tragen kommen. Für die Moralentwicklung bedeutsam sind die Interaktionen unter

20 Die Modelle gehen von der Annahme aus, dass, je elementarer und allgemeiner die politischen Orientierungen sind, sie um so früher erworben und die spezifischeren später erlernt werden. (Vgl. Wasmund, 29)

21 Schmid, Christine. „Politisches Interesse von Jugendlichen“. Wiesbaden: 2004.

22 Bei deutlich erkennbaren Einstellungen (Parteisymphathie) höhere Übereinstimmungen als bei abstrakten Einstellungen (Toleranz); höhere Übereinstimmungen bei politisch aktiven Eltern; Einstellungsübereinstimmungen von Vater/Mutter und Qualität der Eltern-Kind-Beziehung mitentscheidend. (Vgl. Schmid, 29)

23 Piaget, Jean. „Das moralische Urteil beim Kinde“. Frankfurt am Main: 1973. Zit.b. Schmid, 32.

Gleichaltrigen, die „die Einsicht in die Notwendigkeit der Respektierung von auf Konsens beruhenden Normen fördern“ (Schmid, 32).

Spielende Kinder müssen Regeln aushandeln, die von allen Beteiligten zu akzeptieren sind – dieses Geschehen, Erstellen von Spielregeln und Einhaltung dieser, „ähneln dem demokratischen Willensbildungsprozess und seiner Durchsetzung. Spielerisch wird hier vorweggenommen, was später auf gesellschaftlicher Ebene stattfindet“ (ebd.).

Laut Sünker²⁴ liegt die Bedeutung der Gleichaltrigen in der politischen Sozialisationsforschung vor allem in einer Verhältnisbestimmung zur Familie: So wird entweder deren Rolle als Primärquelle politischer Sozialisation in Frage gestellt oder ihr kommt in diesem Kontext eine hohe Bedeutung zu. Weiterhin wird nicht nur die Übernahme von Parteipräferenzen durch die Gleichaltrigen thematisiert, sondern es werden auch Sozialisationsprozesse und -agenturen analysiert.²⁵ Die Gleichaltrigen seien die vermittelnden Glieder zwischen den Prinzipien familialen Lebens und denen des sozialen Systems, indem sie die von der Familie nicht mehr zu erbringenden Prozesse der Persönlichkeitsintegration ermöglichen und gleichzeitig „über die Sozialisationsmechanismen des Gruppenlebens die für die Tradierung des sozialen Systems notwendige Sozialität der Individuen [...] herstellen“ (Sünker, 437). Relevant für die politische Sozialisation sind dabei v.a. die in der Gleichaltrigengruppe geltenden politischen Orientierungen. Zwar ist man sich in der Jugendforschung nicht einig, inwieweit Aussagen bezüglich der Ausbildung von Werten, Normen, politischen Orientierungen bzw. politischer Orientierungslosigkeit innerhalb von Gleichaltrigengruppen Gültigkeit haben, doch weiß man, dass sich diese Prozesse politischer Sozialisation überwiegend in der Familie verorten lassen. Die Wirkungen der Gleichaltrigengruppen lassen sich eher im Lebensstil und den damit verbundenen Normen und Werten festmachen. (Vgl. ebd.) Der Einfluss der Gleichaltrigen auf die politische Orientierung ist letztlich auch vom Stellenwert der Politik in den Interaktionen abhängig: Nur wenn Politik Gegenstand des Interesses und der Kommunikation zwischen Jugendlichen ist, können Gleichaltrige Einfluss nehmen. (Vgl. Schmid, 35)

Auch die Gleichaltrigenforschung untersuchte die Übereinstimmungen in den politischen Orientierungen (im Vergleich zu den Eltern liegen sie etwas niedriger). Auch hier

24 Sünker, Heinz. „Politische Sozialisation: Gleichaltrigengruppe“. In: Greiffenhagen & Greiffenhagen.

25 Etwa bei Krappmann, der den Einfluss der Gleichaltrigen auf die Bildung von Handlungskompetenz und Identität der Person untersucht und dies mit den Aufgaben, Formen und Inhalten der Integration von nachkommenden Generationen in die existierende Gesellschaftsformation verbindet. (Vgl. Krappmann, Lothar. „Sozialisation in der Gruppe der Gleichaltrigen“. In: Hurrelmann/Ulich; Hrsg. „Handbuch der Sozialisationsforschung“. Weinheim, Basel: 1980. Zit.b. Sünker, 437.)

gilt, dass diese noch nichts über die zugrundeliegenden Einflüsse aussagen – Schmid meint, dass sie sich wohl zum Teil oder auch gänzlich auf dritte Faktoren zurückführen lassen können. So wäre es möglich, dass sich Jugendliche ihre Freunde anhand deren politischer Orientierung aussuchen und die Übereinstimmung dann ein Auswahlkriterium war und nicht Ergebnis des Einflusses. Schmid führt verschiedene Untersuchungen an (vgl. a.a.O., 36 f.) und schließt aus ihnen, dass „Gleichaltrige zwar einen Einfluss auf die politischen Orientierungen von Jugendlichen haben, dieser Einfluss [...] aber nur unter bestimmten, eher selten auftretenden Umständen höher auszufallen [scheint] als derjenige der Eltern“ (a.a.O., 37). Da Politik unter Gleichaltrigen jedoch kein wichtiges Thema darstellt²⁶, sei deren Einfluss ohnehin eher gering. (Vgl. ebd.)

Die Politisierung von alltäglichen Erfahrungen ist also bedeutsam für die politische Sozialisation, „denn je weniger Jugendliche in ihrer Alltagsinteraktion mit dem politischen Bereich konfrontiert werden – eben als Aktivierungsvorgänge –, in desto geringerem Ausmaß wird ihr Gespür für den demokratischen Problemgehalt solcher Situationen sich bilden“ (Sünker, 438). Politische Erfahrungen befördern demnach nicht nur ein Wahrnehmungsvermögen, sondern auch die Herausbildung von demokratischen Werten. „Beide Komponenten zusammen konstituieren demokratische Problemsensitivität“ (Schulze²⁷; zit.b. Sünker, 438).

Im übrigen war es die altershomogene Zusammensetzung an Schulen und Hochschulen, die die Herausbildung von Jugendkulturen beförderte (vgl. Ferchhoff²⁸, 217), welche die politischen Orientierungen zu beeinflussen in der Lage sind – soweit eben ein Zusammenschluss nicht allein schon wegen ähnlicher politischer Ansichten geschah.

2.2.3 Massenmedien

Rudzio²⁹ führt aktuelle Untersuchungen an, die zeigen, dass die Medien durchaus zur politischen Meinungsbildung beitragen und das Wahlverhalten beeinflussen, das Publikum aber nicht beliebig lenken können – dieser Wirkung werden schon dadurch Grenzen gesetzt, dass die Menschen meist mehrere Medien nutzen um sich politisch zu informieren. Außerdem werden mediale Meinungen in der Familie, mit Freunden oder Kollegen besprochen, verarbeitet und im Sinne eigener Auffassungen selektiv aufge-

26 Untersuchungen zeigen, dass nur ein Drittel der Jugendlichen Politik als wichtigen Lebensbereich ansehen; von größerer Bedeutung sind ihnen Freunde, Freizeit, Ausbildung, Beruf und Familie. (Vgl. Schmid, 37)

27 Schulze, Gerhard. „Politisches Lernen in der Alltagserfahrung“. München: 1977. Zit.b. Sünker, 438.

28 Ferchhoff, Wilfried. „Jugend an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert“. Opladen: 1999.

29 Rudzio, Wolfgang. „Das politische System der Bundesrepublik Deutschland“. 5. Aufl. Opladen: 2000.

nommen. „Im Endeffekt scheinen aber derartige Filtereffekte eher kurzfristiger Natur, da die Medien langfristig auf die kognitive Weltsicht der Individuen einwirken“ (Rudzio, 487). Dies zeigt, dass die Massenmedien durchaus von hoher Relevanz für die politische Sozialisation sind. Brettschneider³⁰ gibt hierbei zu bedenken, dass sich der Bürger auch selten direkt und unmittelbar einen Eindruck vom politischen Geschehen machen kann. Gerade wenn Politikinhalt, politische Prozesse und Strukturen komplexer werden, sind die Bürger auf Mittler angewiesen – das sind, neben z.B. Gesprächen mit Mitmenschen, v.a. die Massenmedien. Dahingehend ist auch das Agenda-Setting näher zu beleuchten: Denn „Massenmedien beeinflussen durch die Betonung von Themen in der Berichterstattung – Publikationshäufigkeit, Platzierung und Aufmachung – die Wichtigkeit dieser Themen für die Bevölkerung“³¹ (Brettschneider, 717). Die Realität, die von der Bevölkerung nicht direkt wahrnehmbar ist, kann erfolgreich von den Medien vermarktet werden, wodurch sich die Bedeutsamkeit eines Themas nicht direkt aus der Realität, sondern aus der Berichterstattung über diese ergibt. Da ein Individuum nicht sämtliche Informationen zu politischen Sachverhalten oder Personen heranziehen kann, werden nur Teilinformationen zur Bewertung herangezogen, die etwa durch Fernsehnachrichten aktuell verbreitet werden. Dadurch werden zwar vorhandene Einstellungen nicht verändert, jedoch sind die Massenmedien in der Lage, diese zu aktualisieren – womit sie Einfluss auf die politische Meinungsbildung haben. (Vgl. a.a.O. 717 f.) Auch Rudzio scheint ein langfristiger Effekt der Medien auf die Steuerung politischer Orientierungen sicher. (Vgl. Rudzio, 502)

Einige Möglichkeiten meinungsbildender oder -verändernder Wirkungen von Massenmedien fasst Schmid zusammen:

- Meinungen/Einstellungen zu neu auftretenden Problemen können geprägt werden;
- konfliktträchtige Sozialbeziehungen mit widersprüchlichen Verhaltenserwartungen und Erschütterungen des Werte- und Normengefüges in Krisenzeiten oder durch schnellen sozialen Wandel öffnen Rezipienten für verändernde Einflüsse durch die Massenmedien;
- weicht die politische Kultur der Medien von der der Bevölkerungsmehrheit ab, verringert die daraus resultierende Angebotseinseitigkeit die Chance, dissonanten Informationen auszuweichen. Die Medienmeinung kann dadurch verändernd wirken;
- medienspezifische Eigenarten wie wenige Programme, Trägheit umzuschalten oder Gruppenempfang können dem Umgehen dissonanter Informationen entgegenwirken.

30 Brettschneider. „Massenmedien und politische Kommunikation in Deutschland“. In: Gabriel & Holtmann.

31 „Je häufiger etwas in den Medien thematisiert wird, desto mehr wird darüber ‚gelernt‘, wobei als intervenierende Variablen für den Lerneffekt z.B. die persönliche Themenrelevanz und sozialstrukturelle Merkmale der Rezipienten berücksichtigt werden müssen“ (Neller, 441).

Aber auch die meinungsverstärkende Wirkung der Medien als Sozialisationsfaktor ist nicht zu unterschätzen: „Verstärkung bedeutet ja nicht Wirkungslosigkeit, sondern eine besondere Art von Wirkung, nämlich eine affirmative, vorhandenes Bewusstsein und bestehende Verhältnisse stabilisierende Wirkung“ (Schmid, 52).

Auch unpolitische Inhalte in den Medien können für die politische Sozialisation von Bedeutung sein. Schmid führt als Beispiel unpolitische Unterhaltungssendungen oder Werbung an, in denen z.B. ein traditionelles Frauenbild vertreten wird.

Aus subjektiver Sicht schätzen Jugendliche die Massenmedien vor allem als die Instanz ein, die den größten Einfluss auf ihre politische Meinungsbildung hat (vor Eltern, Freunden oder Lehrern). Schmid zitiert eine Studie³², nach der 14jährige Schüler die Medien als wichtigste Quelle für ihre politischen Kenntnisse bezeichnen. Erst danach folgen Gespräche mit den Eltern, der Politikunterricht und die Gleichaltrigen. Dieselbe Reihenfolge wurde von den Jugendlichen auch bei der Frage, was sie in ihrer Wahlentscheidung am stärksten beeinflussen würde, gegeben.³³ (Vgl. Schmid, 75 f.)

Neller³⁴ meint, dass die Massenmedien schon Kindern ein Bild von Politik vermitteln und zur „Ausbildung individueller politischer Überzeugungssysteme“ (Neller, 439) beitragen. Letztlich sei es die politische Kultur eines Landes, die die Rahmenbedingungen des Mediensystems vorgibt und somit auch deren politische Sozialisationsfunktion bestimmt. In einer Demokratie bilden Meinungs- und Pressefreiheit diese Basis – eine gänzlich andere politische Sozialisation fand in der DDR statt (Vgl. Kap. 3.4).

Ein weiterer Aspekt der medialen politischen Sozialisation ist die wechselseitige Beeinflussung: So wirken nicht nur Medien auf das Individuum, sondern auch umgekehrt, denn das Individuum bestimmt durch seine persönliche Selektion³⁵ und Verarbeitung der Inhalte deren Effekt mit und wirkt, als Teil der Gesellschaft, zusätzlich auf die Medien ein. Neller relativiert das Gewicht der Medien auf die politische Sozialisation, denn in der Forschung ist es gegenüber anderen Sozialisationsagenturen noch immer umstritten – auch wenn sie zu den zentralen Sozialisationsinstanzen zählen. (Vgl. ebd.)

32 Oesterreich, D. „Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland. Studien aus dem Projekt Civic Education“. Opladen: 2002. Zit.b. Schmid, 75

33 Studie von: Oswald, K. & Kuhn, H.-P. „Erstwähler in den neuen Bundesländern“ Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15, 2003. S. 18-25. Zit.b. Schmid, 76.

34 Neller, Katja. „Politische Sozialisation: Massenmedien“. In: Greiffenhagen & Greiffenhagen.

35 Selektivität wird vor allem durch politische Interessen und Einstellungen gesteuert – so werden z.B. öfter Zeitungen gelesen, die den eigenen Standpunkt vertreten, als Zeitungen, die gegenteilige Meinungen vertreten. Daraus kann abgeleitet werden, dass „die Wirkung von Medien wohl eher in der Verstärkung vorhandener Einstellungen zu suchen ist als in deren Veränderung (Verstärker-Doktrin)“ (Schmid, 51). Jedoch gibt es auch eine Reihe von Bedingungen, die eine meinungsbildende oder -verändernde Wirkung haben. (s.u.)

Nachdem schon Horkheimer und Adorno in den 40er Jahren den Medien wegen ihrer Sozialisationswirkung ein Verhindern kritischen Denkens zumaßen, brach diese Debatte in den 70er Jahren wieder auf, als eine Vielzahl von Politikern und Politikwissenschaftlern den Massenmedien durch ihre vorwiegend negative Berichterstattung (nach dem Motto ‚only bad news are good news‘) Mitschuld an der Politikverdrossenheit gaben³⁶. Laut Neller setzte sich in der Forschung dafür der Begriff ‚Videomalaisehypothese‘³⁷ durch, der von Holtz-Bacha³⁸ auf Deutschland übertragen wurde. Obwohl dem Fernsehen oft eine der politischen Sozialisation abträgliche Wirkung zugeschrieben wird, konnte Holtz-Bacha hier aber keine grundsätzliche Entfremdung der Bürger durch das Fernsehen ermitteln (sie verknüpfte Medieninhalte mit politischer Partizipationsbereitschaft). Ihre Studie trennt jedoch zwischen inhalts- und unterhaltungsorientierter Mediennutzung und lässt einen Zusammenhang zwischen unterhaltungsorientierter Nutzung und Entfremdung erkennen, woraus folgt, dass inhaltsorientierte Mediennutzung mit geringerer politischer Entfremdung einhergeht³⁹. Eine Stichprobe, die nur Kinder und Jugendliche umfasste⁴⁰, ergab positive Zusammenhänge zwischen dem Ansehen informierender Fernsehsendungen und -nachrichten und dem politischen Interesse sowie der Partizipationsbereitschaft. Keine Zusammenhänge zeigten sich bei der Fernsehdauer. (Vgl. Schmid, 54) Positiv (für das jeweilige System) funktionieren die Medien, wenn sie über politische Zusammenhänge und Ereignisse informieren und somit die Möglichkeit schaffen, sich politisches Wissen anzueignen. (Vgl. Neller, 441)

Letztlich gilt auch hier, dass für das politische Interesse die personalen Sozialisationsbedingungen (Gespräche mit Freunden und Familie) bedeutender sind als die Medien allein. Diesen kann aber für den kognitiven Aspekt der politischen Sozialisation Jugendlicher eine zentrale Bedeutung zugesprochen werden. Ähnlich scheinen sich mediale und personale Instanzen auf die politische Handlungsbereitschaft auszuwirken. Neller deutet die bisherigen (wenigen⁴¹) empirischen Befunde zusammenfassend so, dass sich

36 Diese negativistische Berichterstattung würde die Glaubwürdigkeit der Medien untergraben und gepaart mit der Oberflächlichkeit des Fernsehens (im Vergleich zu den Printmedien) zu zunehmendem Misstrauen und Entfremdung gegenüber der Politik führen. (Vgl. Schmid, 53)

37 Wurde in den 70er Jahren von Michael J. Robinson in den USA entwickelt.

38 Holtz-Bacha, Christina. „Ablenkung und Abkehr von der Politik?“ Opladen: 1990. Zit.b. Schmid, 53.

39 Neller kritisiert an dieser Studie, dass die Politikberichterstattung ohne Prüfung grundsätzlich als negativ charakterisiert wird. Jedoch gebe es, vor allem in lokalen Tageszeitungen, die sogenannte ‚Hofberichterstattung‘; demnach „kann – je nach Medieninhalt – von ganz unterschiedlichen Wirkungen auf die politische Sozialisation, politische Einstellungen und Verhaltensweisen ausgegangen werden“ (Neller, 440).

40 Kuhn, H.-P. „Mediennutzung und politische Sozialisation. Eine empirische Studie zum Zusammenhang zwischen Mediennutzung und politischer Identitätsbildung im Jugendalter“. Opladen: 2000.

41 Bei der Betrachtung von Zusammenhängen zwischen politischer Orientierung und Mediennutzung Jugendlicher fehlt es vor allem an Längsschnittanalysen auf breiterer Datenbasis, so dass die Untersuchung von Kausalitätsstrukturen ermöglicht würde. Von der Forschung unberücksichtigt sind auch noch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. (Vgl. Neller, 443)

informierende Medieninhalte positiv auf den politischen Sozialisationsprozess Jugendlicher auswirken. Dass sich die überwiegende Nutzung unterhaltender Medieninhalte, wie bei Erwachsenen, negativ äußert, konnte bei Jugendlichen jedoch nicht eindeutig nachgewiesen werden – dies scheint „vor allem *vermittelt* über sozio-demographische Variablen (Alter, Geschlecht, Bildung, Hintergrund des Elternhauses) aufzutreten“ (Neller, 442; Hervorhebung im Original).

Vorstehende Ausführungen beziehen sich vornehmlich auf die Wirkung der Massenmedien in westlichen Gesellschaften – die DDR-Situation wird in Kap. 3.4. behandelt.

2.2.4 Schule

Werner Schiffauer⁴² begreift die Schule als eine entscheidende Institution der nationalstaatlich verfassten Zivilgesellschaft. Durch die Schulbildung werden „aus Kindern Staatsbürger und aus Individuen politische Personen [...]. In der Schule wird die nachfolgende Generation politisch sozialisiert. Ohne öffentliche Schulen wäre der Nationalstaat [...] undenkbar“ (Schiffauer, 1). Auf Grundlage der allgemeinen Schulpflicht ist dem Staat die Möglichkeit gegeben, Sozialisationsziele für alle Kinder und Jugendlichen unmittelbar vorzugeben. (Vgl. Dengel⁴³, 102) Schiffauer meint, dass es ohne Schulen wohl kein wirksames Mittel gäbe, um „die Konventionen der vorherrschenden politischen Kultur durchzusetzen“ (a.a.O., 2), welche das Wissen und die praktische Handlungsfähigkeit bezüglich des Funktionierens der Zivilgesellschaft und deren Sozialverhalten (angefangen bei den Regeln von Höflichkeit; vgl. a.a.O., 7) umfasst und überdies das Beherrschen des Umgangs mit politischen Institutionen und die Vertrautheit mit dem nationalen Selbstverständnis.

Dass der Beitrag der Schule zur politischen Sozialisation schwer feststellbar ist, da Lernprozesse auf verschiedenen Ebenen stattfinden, problematisiert Ackermann⁴⁴. So ist politische Sozialisation nicht nur Sujet im politischen Unterricht, sondern ebenso in Nachbarfächern wie Geschichte, Geographie oder Deutsch; nicht nur der Lernablauf ist entscheidend, sondern auch der Lehrablauf – wie sich also Lehrerinnen und Lehrer verhalten und von welcher Qualität ihre Ausbildung war. Weitere Einflussfaktoren sind das politische und soziale Klima in der Schule und ihre institutionellen Strukturen. Methodisch ist es schwierig, all diese Faktoren zu separieren und ihre Wirkungszusammen-

42 Schiffauer, Werner. „Einleitung: Nationalstaat, Schule und politische Sozialisation“. In: Schiffauer et al.

43 Dengel, Sabine. „Untertan, Volksgenosse, Sozialistische Persönlichkeit“. Frankfurt am Main: 2005.

44 Ackermann, Paul. „Politische Sozialisation: Schule“. In: Greiffenhagen & Greiffenhagen.